

Beschluss der 33. Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg

Für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in unseren Schulen. Mehr Geld für Bildung in Baden-Württemberg

Ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg braucht exzellente Bildung. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg Anschluss an nationale und internationale Spitzengruppen haben. Gleichzeitig treten wir für ein gerechtes Bildungssystem ein, das jedem Kind, jedem Jugendlichen ermöglicht, seine Begabungen zu entwickeln. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Talente brach liegen zu lassen. Wir setzen deshalb die 2011 begonnenen Bildungsreformen konsequent fort und stellen uns gegen jede Bestrebung, die erreichten Fortschritte infrage zu stellen oder die Uhr zurückzudrehen.

Schülerzuwachs und Zuwanderung, Inklusion und Qualitätsverbesserung, technologischer Fortschritt und Digitalisierung erfordern vom Land und vom Bund noch mehr Investitionen im Bildungsbereich. Wir brauchen dafür eine langfristige und qualitätsorientierte Planung des Lehrer*innen-Bedarfs in Baden-Württemberg. Die Schulen brauchen für ihre anspruchsvolle Arbeit eine **verlässliche Personalgarantie**. Es ist legitim, zu überlegen, wie das in Schulen investierte Geld möglichst optimal eingesetzt werden kann. Wer dagegen hofft, im Bildungsbereich Mittel für die Sanierung des Landeshaushalts freisetzen zu können, gefährdet die Zukunft Baden-Württembergs. Bestens ausgestattete Bildungseinrichtungen mit hoher Qualität – das ist unser Anspruch.

Die **Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg** muss verbessert werden. Vor allem im Bereich der Grundschulen besteht Nachholbedarf. Grundschülerinnen und Grundschüler in anderen Bundesländern erhalten mehr Lernzeit. Auch für die Inklusion, für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren und an den beruflichen Schulen sind die vorhandenen Bedarfe nicht ausreichend abgedeckt. Wir brauchen eine gerechtere Zuweisung von Lehr- und Erziehungspersonal an unsere Schulen. Schulen mit großen Klassen, mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien benötigen mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Wir brauchen schnelle Entscheidungen zur Behebung des aktuellen Lehrermangels, insbesondere bei Grundschullehrkräften und bei Sonderpädagog*innen!

Die Einführung des Ethikunterrichts für alle Altersstufen ist lange versprochen und überfällig.

Ein Schwerpunkt grüner Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode bleibt die **Qualitätssicherung und die Qualitätsentwicklung schulischer Bildung**. Hier helfen keine „schnellen Lösungen“. Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung müssen alle Schülerinnen und Schüler im Blick haben und viele Akteure einbeziehen. Es bedarf einer langfristigen Planung und eines zielgerichteten abgestimmten Vorgehens in vielen Bereichen. Die Lehrerfortbildung muss weiter professionalisiert werden. Fortbildungsangebote verschiedener Anbieter müssen zusammengeführt und die Kompetenzen der Lehrerausbildungseinrichtungen für die Fortbildung genutzt werden. Wir brauchen Möglichkeiten für die Kooperation von Lehrkräften in professionellen Lerngemeinschaften. Schulleitungen haben eine hohe Bedeutung für die Qualitäts- und Personalentwicklung. Sie müssen für ihre anspruchsvolle Arbeit angemessen mit Leitungszeit und mit

Verwaltungskräften ausgestattet werden. Alle größeren Schulen benötigen eine Leitungsstruktur mit Fachabteilungsleitern/-innen analog zu den Gymnasien und den beruflichen Schulen.

Erfolgreiche Länder praktizieren eine datengestützte Schulentwicklung bzw. eine datengestützte Entwicklungsberatung. Eine datengestützte Schulentwicklung zielt im Unterschied zum „Bildungscontrolling“ darauf, dass den Schulen und der Schulaufsicht Daten zur Verfügung gestellt werden, aus denen in einem dialogischen Prozess Entwicklungsziele abgeleitet und verfolgt werden. Den Schulen stehen in diesem Prozess Ressourcen und Unterstützungssysteme zur Verfügung, die von ihnen gezielt angefordert werden können.

Der hohe Anteil fachfremden Unterrichts in Baden-Württemberg ist für die Unterrichtsqualität, vor allem in den Grundschulen und in zu kleinen Sekundarschulen, nicht förderlich. An sehr kleinen Schulen stehen nicht für alle Fächer ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung.

Wenn wir in der Qualitätsentwicklung weiter vorankommen wollen, müssen wir die **regionale Schulentwicklung** noch konsequenter durchführen. Durch die Zersplitterung der Schularten in der Sekundarstufe 1 stehen die Schulen vor Ort in einem problematischen Konkurrenzverhältnis zueinander. Diese Konkurrenz bindet Energien, die für die Qualitätsentwicklung dringend gebraucht werden.

Mit der **Gemeinschaftsschule** haben wir seit dem Schuljahr 2012/13 in Baden-Württemberg eine lange gewünschte Schulform eingeführt, die leistungsstark und zugleich sozial gerecht ist. Zahlreiche Gemeinschaftsschulen wurden in den letzten Jahren mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Die Gemeinschaftsschulen verwirklichen längeres gemeinsames Lernen. Hier stehen die Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes im Vordergrund. Kinder und Jugendliche mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen lernen in gemeinsamen Lerngruppen miteinander und voneinander. Sie werden durch ihre Lehrerinnen und Lehrer individuell gefördert. Die Lernkonzepte sehen eine hohe Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler vor und berücksichtigen alle Bildungsniveaus. Im Rahmen der regionalen Schulentwicklung stellen die Gemeinschaftsschulen sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler wohnortnah den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können.

In Tübingen und in Konstanz werden die ersten Schülerinnen und Schüler 2021 ihr Abitur an einer Gemeinschaftsschule erwerben können. Wir unterstützen die Planungen weiterer Kommunen in Baden-Württemberg zum Aufbau einer tragfähigen gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen. Schulleitungen, Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter*innen der Gemeinschaftsschulen benötigen stärkere Unterstützung und Entlastungen. Für den erfolgreichen Aufbau gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen müssen den Schulen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen ein **Qualitätskonzept für die Grundschulen** auf den Weg bringen, das dem zusätzlichen Stellenbedarf aufgrund steigender Schülerzahlen Rechnung trägt und die Grundschulen in ihrer Qualitätsentwicklung wirksam unterstützt. Zur Behebung des Lehrkräftemangels muss die Zahl zusätzlich finanzierter Studienplätze für das Grundschullehramt weiter erhöht werden. Die Erhöhung der Studienzeit für das Grundschullehramt von jetzt 8 auf 10 Semester würde es ermöglichen, die Fachlichkeit durch das Studium eines dritten Faches zu erhöhen.

Zur Überbrückung des aktuellen Lehrkräftemangels werden kurzfristige Maßnahmen zur Personalgewinnung, eine bessere regionale Steuerung der Lehrerversorgung oder die Weiterqualifizierung von Lehrkräften aus anderen Lehrämtern gebraucht.

Die Erweiterung der Stundentafel für die Grundschule um 4 Stunden für die Fächer Deutsch und Mathematik wird mit dem nächsten Haushalt abgeschlossen. Zur Umsetzung grundschulspezifischer Konzepte für den Umgang mit Heterogenität benötigen die Grundschulen zusätzliche Poolstunden für individuelle Förderung. Pädagogische Programme zur Stärkung der Sprachkompetenz, der Lesekompetenz und der mathematischen Fähigkeiten müssen auf dem jeweils neuesten Stand der fachdidaktischen Forschung sein.

Freiwillige Zusammenschlüsse von Grundschulen oder regionale Verbünde (eine Grundschule mit verschiedenen Schulstandorten) können zu höherer Qualität beitragen. Die Schulleitung kann so gestärkt und fachfremder Unterricht kann verringert werden. Dazu bedarf es entsprechender Anreize für die Schulen und für die kommunalen Schulträger. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Unterrichtsversorgung in den Grundschulen deutlich verbessern und Ganztagschulen ausbauen.

Die **Rahmenbedingungen für Inklusion** müssen spürbar verbessert werden. Schulen und Lehrkräfte brauchen bestmögliche Unterstützung für diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe. In den nächsten Jahren müssen mehr Sonderpädagog*innen ausgebildet und eingestellt werden. Derzeit weisen Grundschulen und Gemeinschaftsschulen die höchsten Anteile inklusiv beschulter Kinder und Jugendlicher auf. Damit Inklusion auf Dauer gelingt, müssen sich alle Schularten für eine inklusive Beschulung öffnen und ihre Lehrkräfte für eine gelingende individuelle Förderung weiterqualifiziert werden. In den Hochschulen haben wir entsprechende Inhalte bereits in die Ausbildungsgänge für alle Lehrämter aufgenommen. Sie müssen in die Fortbildungskonzepte für alle Lehrkräfte integriert werden.

Die Grundlagen für Bildungserfolge von Kindern werden am Anfang, im Elternhaus, in der Kleinkindbetreuung und in Kindertageseinrichtungen gelegt. Sie wollen wir Grüne stärken, denn **auf den Anfang kommt es an!** Über einen guten Personalschlüssel hinaus ist es erste Priorität, den im Orientierungsplan ausgearbeiteten pädagogischen Ansatz verbindlich umzusetzen. Um einen Schritt zu weiterer Qualitätsentwicklung zu ermöglichen, braucht es deshalb mehr freigestellte, bezahlte Leitungszeit. Gute pädagogische Konzepte und ihre Umsetzung brauchen Zeit zur Entwicklung.

Ein zentraler Ansatz für uns Grüne ist es, kein Kind zurück zu lassen. Soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Daher ist frühe Förderung entscheidend. Verstärkte Arbeit mit und Unterstützung von Familien, etwa durch einen forcierten Ausbau von Kinder und Familienzentren, muss gesichert werden.

Kleine Kinder benötigen in besonderem Maße gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Der Erzieher*innenberuf muss daher attraktiver gemacht und die Ausbildung weiterentwickelt werden. Bessere Verzahnung von Theorie und Praxis mit den dafür nötigen strukturellen Voraussetzungen sowie ein Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten sind hierbei wichtig. Das grüne Erfolgsmodell der Praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) wollen wir ausbauen.